

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Politikwissenschaft
Seminar: Landespolitik
Leitung: Hon.-Prof. Dr. Gerd Mielke
Seminar besucht im Sommersemester 2014
Modulprüfung im Wintersemester 2014/2015 im Modul „BA Kf Aufbaumodul 3“

**Zusammenwirken des bayerischen Ministerpräsidenten und des
CSU Parteivorsitzenden – Ein Blick auf die Machtposition der
Christlich-Sozialen Union in der Bundespolitik**

Peter Müller
Mainzer Str. 33
55252 Mainz-Kastel

peter.mueller@students.uni-mainz.de

Matrikelnummer: 2673209
Studiengang: Bachelor of Arts
Politikwissenschaft / 09. Fachsemester
Wirtschaftswissenschaft / 09. Fachsemester

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Der bayerische Ministerpräsident als Chef der Staatskanzlei	2
3. Der Parteivorsitzende und die CSU-Landesleitung	3
4. Das Zusammenspiel des Bayerischen Ministerpräsidenten und des Parteivorsitzenden der CSU	5
4.1 Ministerpräsident und Parteivorsitzender als Gegenentwürfe am Beispiel von Edmund Stoiber und Theo Waigel	5
4.2 Ministerpräsident und Parteivorsitzender in Personalunion am Beispiel Horst Seehofer	10
5. Auswirkungen für die Politik der CSU auf Bundesebene.....	14
6. Zusammenfassung und Ausblick	16
Literaturverzeichnis	18

1. Einleitung

Auf die Frage, ob eine Regierung für die Äußerungen einer ihrer Minister in Haftung genommen werden könne antwortete der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis am 15. März 2015 in der ARD Talkshow „Günther Jauch“: „Einer von euch ist doch Mitglied in der CSU. Sie wissen doch wie das ist in einer Koalition mit anderen Parteien.“ (Varoufakis, 2015). Einige Zuschauer konnten sich sicher das Lächeln nicht verkneifen. So ist es in vielen Bereichen der deutschen Bundespolitik die CSU als einer großen Koalition, die vorprescht und Forderungen stellt. Dies übernimmt zumeist der Parteichef höchst persönlich. Gerade wenn die zuständigen Ministerien nicht durch CSU-Minister geführt sind, tritt die Partei damit so manchem Kabinettsmitglied auf die Füße. Doch nicht nur wegen des großen Gestaltungsanspruchs, sondern auch, weil die CSU eine Partei ist, die nur in Bayern zur Wahl antritt, nimmt sie in der Bundespolitik eine Sonderrolle ein.

So hat es die CSU länger als jede andere Partei geschafft in einem Bundesland den Ministerpräsidenten zu stellen. Eine zusätzliche Besonderheit ist die regionale Begrenzung. Deshalb macht eine Landespartei gleichzeitig Bundespolitik und der Parteivorsitzende der CSU tritt für Land und Bund gleichzeitig als Vorsitzender auf. Umso interessanter erscheint die Frage welche Machtstrukturen innerhalb der Partei vorhanden sind und inwiefern das Zusammenspiel des bayerischen Ministerpräsidenten und des Parteivorsitzenden die Machtposition der CSU in der Bundespolitik beeinflusst.

Zur Beantwortung dieser Frage sollen in Kapitel zwei und drei dieser Arbeit zunächst die Funktionen, Einflussbereiche und Machtressourcen des Ministerpräsidenten sowie des Parteivorsitzenden getrennt dargestellt werden. Auseinander- und zusammenfallen des Ministerpräsidentenamtes und des Parteivorsitzes werden im darauffolgenden Abschnitt am Beispiel von Edmund Stoiber und Theo Waigel sowie Horst Seehofer beleuchtet. In dieses Kapitel soll außerdem die Rolle der zuvor beschriebenen Machtzentren einfließen. Der fünfte Teil dieser Arbeit versucht die Machtressourcen der beiden Ämter ins Verhältnis zu setzen und mögliche Stärken und Schwächen in Bezug auf die Machtposition in der Bundespolitik herauszuarbeiten. Dabei sollen die Beispiele aus Kapitel vier als Aus-

gangspunkt dienen. Im letzten Abschnitt werden die aufgezeigten Punkte kurz zusammengefasst und eine mögliche, zukünftige Handlungsweise aufgezeigt.

2. Der bayerische Ministerpräsident als Chef der Staatskanzlei

Als Kopf der Staatsregierung ist der Ministerpräsident zentraler Akteur in der Gestaltung der Politik des Freistaates Bayern. Diese Rolle speist sich vor allem aus seinen Kompetenzen, die ihm durch die Verfassung des Freistaates Bayern gegeben sind. Zum einen trägt er die Richtlinienkompetenz und verantwortet diese gegenüber dem Landtag. Außerdem vertritt er den Freistaat als eine Art Präsident nach außen und nimmt somit eine Doppelrolle ein (vgl. BayVerf Art. 47 Ziff. 1-3). Im Unterschied zum Bundeskanzler muss der Ministerpräsident die Staatsminister der Regierung allerdings mit Zustimmung des Landtags ernennen (vgl. GG Art. 64 Ziff. 1; BayVerf Art. 45). Auch die Anzahl und Geschäftsbereiche der Staatsminister werden vom Ministerpräsidenten festgelegt, müssen allerdings vom Landtag durch Beschluss bestätigt werden (vgl. BayVerf Art. 49).

Um der herausgehobenen Stellung des Ministerpräsidenten als Regierungschef und Staatsoberhaupt gerecht zu werden, steht diesem (und der Staatsregierung insgesamt) laut Art. 52 BayVerf explizit eine Staatskanzlei zu. Nach Korndörfer (2010) erfüllt die Staatskanzlei mehrere zentrale Funktionen. Dazu gehört zum einen, den Ministerpräsidenten in der Wahrnehmung und Ausgestaltung seiner Richtlinienkompetenz maßgeblich zu unterstützen. Zum anderen soll die Staatskanzlei auch den Kontakt zu anderen Bundesländern, europäischen Partnerregionen oder dem Landtag pflegen und mit diesen zusammenarbeiten. Insgesamt hat die Ministerialbürokratie der Staatskanzlei eine organisierende und planende Funktion. Es werden Sitzungen vorbereitet, Entscheidungen mit den Mitteln der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erläutert oder die Zusammenarbeit mit den anderen Ministerien abgestimmt.

Im Kontext dieser Arbeit wird die durch Kießling (2004, S. 129) herausgearbeitete Funktion in „parteidemokratische[m]“ Zusammenhang noch von größerer Bedeutung sein, welche auch Staatskanzleien anderer Bundesländer haben. Diese beziehe sich vor allem auf den Kontakt zwischen Staatskanzlei und Landesleitung der Partei des Ministerpräsidenten. Ein besonderer Aufwand im bayerischen Kon-

text komme der Abstimmung von Reden beim Zusammenfallen des Amtes des Ministerpräsidenten und CSU-Parteivorsitzenden in einer Person zu.

Gerade weil die Staatskanzlei eine Fülle von verschiedensten Aufgaben wahrzunehmen hat und diese sich in erster Linie um den Ministerpräsidenten sowie dessen politische Leitlinien drehen, sei es laut Kießling (2004, S. 130) umso wichtiger, dass „die Organisation der Staatskanzlei auf die Erfordernisse des Regierungsstils des Ministerpräsidenten“ abgestimmt sei. Besondere Bedeutung für den Ministerpräsidenten hat dabei die Ebene der leitenden Beamten. Durch, je nach Regierungsstil, gezielte (Um-)Gestaltung dieser Führungsebene mit dem Ministerpräsidenten loyalen und/oder impulsgebenden Beratern lässt sich eine optimale Nutzung der Ressource Staatskanzlei sowohl nach innen als auch nach außen gewährleisten. Korndörfer (2010) merkt an, dass dieser Austausch von leitenden Beamten nicht immer machbar sei und so auch rangniedrigere Beamte an Wichtigkeit für den Regierungschef gewinnen könnten. Dass die Abstimmung auf Person und Regierungsstil insbesondere beim Auseinanderfallen von Ministerpräsidentenamt und CSU-Parteivorsitz zur Stärkung der Machtposition des bayerischen Regierungschefs beiträgt, lässt sich am Beispiel Edmund Stoiber gut erkennen (siehe Kapitel 4.1 dieser Arbeit).

3. Der Parteivorsitzende und die CSU-Landesleitung

In der Christlich-Sozialen Union kommt dem Parteivorsitzenden eine besondere Stellung zu. Diese zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass dieser qua Amt den Parteivorstand, den Generalsekretär (sowie einen möglichen Stellvertreter), den Landesgeschäftsführer und die Mitglieder der parteiinternen Kommissionen und Gremien zur Ernennung vorschlägt. Dies gibt dem durch die Parteimitglieder auf zwei Jahre gewählten Parteivorsitzenden nicht nur die Möglichkeit die oberste Führungsriege nach seinem Ermessen zu gestalten, sondern sorgt auch für personelle Abhängigkeitsverhältnisse. Er behält so die Zügel über Parteilinie und Sprachregelungen in der Hand, weil ihm vor allem sein Generalsekretär gewissermaßen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist. Es ist anzumerken, dass dieses Abhängigkeitsverhältnis sehr stark durch den Führungsstil des Parteivorsitzenden geprägt ist und auch darüber bestimmt, wie viel Gestaltungsspielraum dem politischen Führungspersonal unter dem Parteivorsitzenden bleibt (Weigl, 2013).

Dem Vorsitzenden der Christ-Sozialen steht mit dem Franz-Josef-Strauß-Haus zwar nicht so ein üppiger Beamtenapparat zur Verfügung wie dem Ministerpräsidenten mit der Staatskanzlei, dennoch ist vor allem das politische Agenda-Setting in der Partei und das parteiinterne Frühwarnsystem von großem Nutzen. Ein bei der Parteibasis beliebter Parteivorsitzender und (auch) durch seine in die Landesleitung eingesetzte gut vernetzte Führungsebene, kann Impulsgeber und Gestalter auf parteipolitischer Ebene sein. Die Kernkompetenz der Landesleitung ist dabei besonders in der organisatorischen Führung der Partei zu sehen. Diese bezieht sich insbesondere auf die Ausrichtung von Wahlkampfveranstaltungen, Parteitage oder (in Bayern sicherlich von besonderer Bedeutung) Bierzeltveranstaltungen wie dem politischen Aschermittwoch (Kießling, 2004).

Besonders seit der 27-jährigen Amtszeit von Franz Josef Strauß als Parteivorsitzender soll die Parteipolitik im christlich-sozialen Selbstverständnis auch und insbesondere bundespolitischen Charakter haben. Dies wird nicht nur durch die besondere Stellung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag deutlich (vgl. u.a. Kießling, 2004), sondern ebenfalls durch die Tatsache, dass viele der langjährigen Parteivorsitzenden (Franz Joseph Strauß eingeschlossen) vor oder nach ihrem Parteivorsitz Mitglieder des Deutschen Bundestages oder Mitglieder in einem Bundeskabinett waren (Weigl, 2013). Eine besondere Ausnahme bildet Edmund Stoiber in diesem Umstand. Er war zwar nie Mitglied des Deutschen Bundestages oder Bundesminister, allerdings kämpfte er im Jahr 2002 für die Unionsparteien gegen Gerhard Schröder um das Amt des Bundeskanzlers (siehe dazu u.a. Brettschneider, 2004). Aus dem bundespolitischen Engagement des Parteivorsitzenden lässt sich ein mögliches Machtpotential für den Parteivorsitzenden herleiten. Da die meisten Parteivorsitzenden Mitglieder des Deutschen Bundestages oder Bundesminister waren, speist sich dieses vor allem aus der Sonderstellung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Beispielsweise ist in der Vereinbarung der Fraktionsgemeinschaft aus CDU und CSU vereinbart, dass die Fraktionsgemeinschaft keiner Grundgesetzänderung zustimmt, die den Föderalismus in der Bundesrepublik beschneidet (Budich, 2013).

4. Das Zusammenspiel des Bayerischen Ministerpräsidenten und des Parteivorsitzenden der CSU

Wie in den beiden vorherigen Kapiteln dargestellt, sind die Machtbereiche des bayerischen Ministerpräsidenten und des CSU-Parteivorsitzenden zunächst getrennt zu betrachtende Verantwortungsbereiche. Der Parteivorsitzende wird in der Regel von der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag sowie von den Mitarbeitern in der Partei-Landesleitung unterstützt, der bayerische Ministerpräsident dagegen von der Landtagsfraktion und den Bediensteten der Staatskanzlei. Diese Verhältnisse können sich durchaus in die eine oder andere Richtung verschieben und sind somit nicht in Stein gemeißelt. Sie spiegeln jedoch eine typische Konstellation beim Auseinanderfallen von Parteivorsitz und Ministerpräsidentenamt wieder. Dass insbesondere die Landtagsfraktion den Ausschlag geben kann, betonte im Jahr 2002 der Landtagsfraktionsvorsitzende Alois Glück im Interview: „[...] quasi jeder in der Partei [braucht] die Landtagsfraktion“ (Kießling, 2004, S. 267). Dies ist vor allem dadurch zu erklären, dass die Landtagsfraktion sowohl den Ministerpräsidenten mit dessen Staatsministern bestätigt, als auch die Parteibasis in hohem Maße repräsentiert und somit dem Parteivorsitzenden gefährlich werden kann. Zu welchen Dynamiken diese Machtwippe führen kann, wird im folgenden Kapitel deutlich.

4.1 Ministerpräsident und Parteivorsitzender als Gegenentwürfe am Beispiel von Edmund Stoiber und Theo Waigel

Nach dem tragischen Tod Franz Josef Strauß‘ im Oktober 1988, der ein großes Vakuum sowohl in der Staatskanzlei als auch in der Landesleitung hinterließ, erwartete die Öffentlichkeit und besonders die Parteibasis zunächst regelrechtes Gerangel um die frei gewordenen Posten. Diese berechtigte Sorge, da Strauß nie einen Nachfolger herangezogen hatte und mehrere Kandidaten in Frage kamen, löste sich dann allerdings in Luft auf. Zwar gab es speziell für das Amt des Ministerpräsidenten mehrere Anwärter, aber einer davon, Gerold Tandler, verzichtete freiwillig. Max Streibl wurde zum Nachfolger von Franz Josef Strauß als Ministerpräsident des Freistaates gewählt. Was den Parteivorsitz anging, so hatte sich der damalige Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, in den Jahren

zuvor einen Namen gemacht und wurde sogleich zum Parteivorsitzenden gewählt (Müller, 2005). Der schon nach wenigen Jahren amtsmüde werdende Streibl wurde fünf Jahre nach Strauß' Tod zu Gunsten des aufstrebenden bayerischen Innenministers Edmund Stoiber mit Hilfe der Landtagsfraktion als Ministerpräsident entmachteter. Stoiber, der zuvor auch schon Mitglied der Landtagsfraktion gewesen war, hatte sich als durchs Land reisender und die Probleme der Basis laut artikulierender Landespolitiker profiliert (Müller, 2005). Seine dann folgende Umorganisation der Staatskanzlei in eine ihm gut zuarbeitende Stoibersche-Beratungsbehörde mit einem Stab an treuen Mitarbeitern festigte seine Stellung als Landespolitiker und Ministerpräsident (Kießling, 2004). Im Gegensatz dazu stand „[d]er neue Parteivorsitzende und Bundesfinanzminister Theo Waigel [als] ein ausgewiesener Bundespolitiker“ (Hopp, 2010, S. 357). Dieser hatte zwar keine starke Präsenz in der Landesleitung, allerdings konnte er als ehemaliger Vorsitzender der Landesgruppe diese meist hinter sich wissen. Als Bundesfinanzminister in den Kabinetten Kohl III, IV und V war er darüber hinaus nicht unbedingt auf ein gut geführtes Franz-Josef-Strauß-Haus in München angewiesen, sondern konnte zur Parteiführung auch auf die Ministerialbürokratie im politischen Bonn bzw. Berlin zurückgreifen (Kießling, 2004; Müller, 2005).

Als Stoiber ins Amt des Ministerpräsidenten kam, war es für ihn wichtig, sich zunächst von den Affären aus der Strauß Ära zu distanzieren. Wie erwähnt, baute er die Staatskanzlei nach seinen Bedürfnissen um und setzte dann den durch die Landtagsfraktion geforderten, aber von Streibl nicht erfüllten, harten Führungsstil um. Dies waren die Grundlagen, um das Profil des für die Interessen des Freistaates streitenden Landesvaters weiter zu verdichten (Müller, 2005). Waigel auf der anderen Seite hatte als Bundesfinanzminister die Deutsche Einheit zu finanzieren und kurz darauf allen deutschen Wählern die Einführung des Euro schmackhaft zu machen. Dies prägte Waigels Blick aus bundespolitischer Sicht hauptsächlich. So kristallisierten sich im Streit der beiden in der Mitte der 1990er Jahre, der sich vor allem um die Europapolitik und die Einführung des Euro drehte, diese zwei Fronten heraus (Kießling, 2004).

Als erste Hürde in den gemeinsamen Amtszeiten von Stoiber und Waigel galt es die Europa- und Landtagswahl 1994 für die CSU zu entscheiden. Stoiber sah die

CSU durch aufkeimende bzw. wiedererstarkende europakritische Kräfte gefährdet. Gepaart mit dem möglichen Scheitern an der Fünf-Prozent-Sperrklausel auf Bundesebene war es Stoibers Kurs, die Stärke der CSU durch Schwächung der eurokritischen Parteien zu erhalten. Für Waigel und die Landesgruppe hingegen galt die Politik der christlich-liberalen Bundesregierung als Non plus Ultra. So hielt Waigel es für unmöglich, mit einem Wahlkampf gegen die europäische Idee eine alleinige Stimmenmehrheit zu erzielen. Auch weil sich Stoiber nicht an die Abmachung hielt, dass „die Verantwortlichkeit für die Europapolitik [...] beim Parteivorsitzenden“ (Kießling, 2004, S. 254) liege, konnte dieser Streit überhaupt erst entstehen. Zur Abwehr der Angriffe Stoibers musste Waigel sein gesamtes (partei-)politisches Gewicht in den Ring werfen. Um keinen ernsthaften Bruch zwischen der Bonner und Münchner CSU entstehen zu lassen, sprang ihm auch der damalige Vorsitzende der Landtagsfraktion, Alois Glück, bei.¹ Waigel schaffte es schließlich mit einem geschickten Interessenausgleich, die Partei wieder auf eine Linie zu bringen. Er schlug vor, dass ein pro-europäischer Wahlkampf geführt werden solle, allerdings vehement die problematischen Punkte im europäischen Integrationsprozess herausgestellt werden sollten. Zur Verkörperung dieser Strategie waren die beiden Figuren vom eurokritischen Stoiber und dem überzeugten Europäer Waigel wie geschaffen (Kießling, 2004). Die glaubwürdige Verkörperung der pro-europäischen Partei mit kritischem Blickwinkel vermochte es, der CSU einen Stimmenanteil von 48,9 Prozent in Bayern zu verschaffen. Bundesweit sorgten diese umgerechnet 6,8 Prozent der Gesamtstimmen für ein Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde ins Europaparlament. Die Doppelspitze hatte den Einzug ins Europäische Parlament gesichert und auch die Landtagswahl im gleichen Jahr wurde zu einem Erfolg für die Christ-Sozialen. Dies hatte zur Folge, dass in den Monaten nach den Wahlen von einem Streit zwischen Ministerpräsident und Parteivorsitzendem nichts zu sehen schien (Kießling, 2004).

In den kommenden Jahren sollte sich der Machtkampf an der Doppelspitze um die Einführung des Euros drehen. Damit verbunden waren zwei Ansichten zur Gründung einer Währungsunion: Auf der einen Seite waren die Waigelschen *Moneta-*

¹ Glück sorgte auch später für Ausgleich zwischen der immer wieder streitenden Doppelspitze und half so maßgeblich, dass die Partei nicht in zwei Lager auseinander fiel (Kießling, 2004).

risten, denen auch die Landesleitung sowie die Landesgruppe angehörten. Auf der anderen Seite standen die um Stoiber gescharten, durch Staatsregierung und Landtagsfraktion verkörperten, *Ökonomen*. Die Monetaristen sahen den Zweck der EWU darin, eine politische Union voranzutreiben. Die Mitgliedsländer sollten aufgrund der Währung auch politisch näher zusammenrücken müssen. Nach Ansicht der Ökonomen konnte eine gemeinsame Währung ausschließlich das Sahnehäubchen einer politischen Union und nicht der Ausgangspunkt dafür sein. Diese Konfliktlinie wurde insbesondere beim 59. Parteitag der CSU deutlich und bestimmte danach die politische Debatte im Land und im Bund (Kießling, 2004).

Stoiber ging es vor allem um die Einhaltung der im Maastrichter-Vertrag ausgehandelten Konvergenzkriterien in Bezug auf die Netto-Neuverschuldung von nicht mehr als drei Prozent. Er argumentierte, dass die Einhaltung der Kriterien für eine stabile, solide Währungsunion wichtiger sei als die Einhaltung eines Termins. Als Waigel, zu dieser Zeit Bundesfinanzminister, verkünden musste, dass Deutschland die Konvergenzkriterien 1995 nicht erfüllen könne, schwächte dies seine Stellung in der Partei (und auch im Bund) zusehends und Stoiber konnte seine Attacken vorsetzen. Waigel suchte und fand seine, wenn auch stille, Zustimmung sowohl durch den Bundeskanzler Helmut Kohl als auch durch die CSU-Landesgruppe. Sein Vorschlag eines Stabilitätspaktes² für die EWU konnte die Stimmung etwas befrieden. Als er als Finanzminister dann in die innereuropäischen Verhandlungen über diesen Pakt und die Ausgestaltung der EWU insgesamt eintrat, setzte Stoiber seine Querschüsse zunächst aus. Er wollte Waigels Verhandlungsposition nicht schwächen, denn der Stabilitätspakt kam den Forderungen nach einer stabilen, soliden Währungsunion innerhalb der Partei durchaus entgegen. Zudem konnte Stoiber Waigels Forderung und entschiedenes Verhandeln für diesen Stabilitätspakt als der harten Linie des Ministerpräsidenten entsprungene Idee verkaufen (Kießling, 2004).

Durch das gebotene Drei-Prozent-Kriterium bei der Neuverschuldung des Bundeshaushalts und seinem Beharren auf dem Einführungstermin sah sich Waigel gezwungen dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen. Die Einsparungen,

² Dieser sah vor allem vor, dass Länder, welche die Konvergenzkriterien nach dem Eintritt in die EWU nicht erfüllten, automatisch sanktioniert werden sollten.

die er vornehmen musste, berührten letztlich auch die Kassen der Landesregierungen. Daraufhin vertrat Stoiber erneut den Standpunkt, dass man die Euroeinführung verschieben können müsse, wenn die Stabilitätskriterien nicht eingehalten würden. Als er wenig später drohte, auch wegen anderer, aus dieser Forderung folgender innenpolitischer Differenzen, im Bundesrat gegen die Einführung des Euro zu stimmen, war für Waigel das Maß voll. Er warnte ausdrücklich vor einer Verschiebungsdebatte und stellte sogleich seine politischen Ämter als Parteivorsitzender und Finanzminister zur Disposition, sollte Stoiber in der Länderkammer gegen den Euro votieren. Da Stoiber nicht die Absicht hatte die Partei zu spalten, sondern in Zukunft auch weiterhin in Bayern die absolute Mehrheit erreichen wollte – für ihn war dies nur mit einer zu den Wahlkämpfen geschlossenen CSU möglich – beließ er es bei dieser einmaligen Drohung (Kießling, 2004).

Die innerparteilichen Querelen führten letztlich dazu, dass die Unionsparteien insgesamt ihren europapolitischen Kurs abstecken mussten. Allerdings konnten sich CDU und CSU auf einen Kompromiss einigen. Dieser sah vor, dass der Euro zum 1. Januar 1999 eingeführt werden konnte, sofern die Bundesbank, als weitgehend unabhängiges Gremium, den Bericht der europäischen Behörde ERUOSTAT prüfen und die für den Eintritt in die EWU vorgeschlagenen Länder bestätigen würde. Dieser Vorschlag Stoibers und sein an Parteiinteressen orientiertes Kalkül sorgten letztendlich dafür, dass er schon am Ende von Waigels Amtszeit zum insgeheimen Parteivorsitzenden wurde. Als die Bundesbank im März 1998 die durch die europäische Kommission vorgeschlagenen Länder zur Mitgliedschaft in der EWU bestätigte, erstarb jegliche Diskussion über eine Verschiebung der Euroeinführung (Kießling, 2004).

Aufgrund der geschickten Verlagerung von machtpolitischen Einflussphären war es der CSU gelungen, das Bild von der grundlegend pro-europäischen Partei aufrechtzuerhalten, die allerdings für Recht und Ordnung einstand und die damit verbundenen Sorgen glaubwürdig artikulierte. Dabei war entscheidend, dass Waigels Blickwinkel sehr stark durch die bundespolitische Sicht geprägt war und er mit der Landesgruppe ein stabiles Machtzentrum hinter sich hatte. Stoibers landesväterlicher Blickwinkel sorgte dafür, dass die Bürger und die Parteibasis mit ihren Ängsten Gehör fanden. Außerdem sorgte sein uneigennütziges Agieren in Bezug

auf den Posten des Parteivorsitzenden dafür, dass die CSU ihren Machtanspruch behaupten konnte. Als die Bundestagswahl 1998 für eine rot-grüne Mehrheit sorgte und die Landesgruppe, das Machtzentrum Waigels, an Bedeutung verlor, war es für ihn der richtige Moment, vom Parteivorsitz zurückzutreten und das Feld Edmund Stoiber zu überlassen (Kießling, 2004).

4.2 Ministerpräsident und Parteivorsitzender in Personalunion am Beispiel Horst Seehofer

Als die CSU bei der Landtagswahl im September 2008 mit 43,4 Prozent die absolute Mehrheit verfehlte und erstmals die fast 50 Jahre dauernde Alleinregierung aufgeben musste, war dies ein herber Schlag für die bayerische Staatspartei. Zu diesem Zeitpunkt war Edmund Stoiber zwar nicht mehr als Ministerpräsident und Parteivorsitzender im Amt, er wurde von Günther Beckstein und Erwin Huber beerbt, allerdings machte man ihn als Strippenzieher im Hintergrund für die Wahlniederlage persönlich verantwortlich. Das sich ausgebreitete Machtvakuum, repräsentiert vor allem durch die wohl von Stoiber geführten Beckstein und Huber, bereitete Horst Seehofer den Weg (Korndörfer, 2010). Es gelang ihm als erstem, die Ämter des Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden in Personalunion gleichzeitig zu erringen (Glaabl & Weigl, 2013). Erst als zweiter Ministerpräsident kam Seehofer aus der Bundespolitik. Als vorheriger Bundestagsabgeordneter und Bundesminister a.D. war ihm das landespolitische Parkett nicht unbedingt geläufig. Allerdings konnten die politischen Beobachter feststellen, dass er sich sehr schnell in der Umgebung des bayerischen Landtags einlebte. Aus der Landesgruppe war er bisweilen als „unberechenbare[r] Einzelgänger[...]“ (Reithmeier, 2013, S. 111) bekannt, weswegen ihm die obere Parteiriege durchaus mit Misstrauen begegnete. Allerdings konnte er sich auf eine hohe Beliebtheit bei den Wählern und der Parteibasis stützen (ebd.).

Er verstand seine Ämter zunächst darin, eine zutiefst verunsicherte CSU wieder zu beruhigen und knüpfte als Ministerpräsident da an, wo seine Vorgänger aufgehört hatten (Reithmeier, 2013). Um die ihm in der Vergangenheit nicht immer treu ergebene Landesgruppe besser unter seine Kontrolle zu bringen, machte er den damaligen Bundestagsabgeordneten Karl-Theodor zu Guttenberg zum neuen Ge-

neralsekretär. Gleichzeitig drängte er so die Einflussosphäre der Landtagsfraktion in der Landesleitung etwas zurück und machte klar, dass er zwar Ministerpräsident ist, aber die Bundespolitik für ihn eine wichtige Rolle spielen wird (Weigl, 2015a). Als die CSU mit Seehofer als zentraler Figur bei der Bundestagswahl 2009 das schlechteste Ergebnis seit 60 Jahren einfuhr, musste sich der relativ neue Parteivorsitzende und Ministerpräsident das erste Mal während seiner Amtszeit behaupten. Unter anderem wurde gefordert, dass Karl-Theodor zu Guttenberg, dieser erzielte bundesweit das höchste Ergebnis als Direktkandidat, die Koalitionsverhandlungen führen solle. Diese heftige Kritik an seiner Person einerseits und der Wahlkampfstrategie³ andererseits konnte er allerdings gekonnt abwiegeln. So vertagte Seehofer die Diskussionen über das Wahlergebnis schlichtweg auf die Zeit nach den Koalitionsverhandlungen. Dies verschaffte ihm zunächst Zeit, setzte ihn allerdings auch enorm unter Druck. Nun musste er trotz einer geschwächten Stellung in den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, FDP und CSU aus bayerischer Sicht liefern. Weil Seehofer es schaffte, drei Ministerposten im Kabinett Merkel II zu erringen, galten die Koalitionsverhandlungen aus Sicht der CSU als gelungen und die Kritik ebte zunächst ab (Reithmeier, 2013; Weigl, 2015a).

Durch den Rückenwind, den der zum Bundesverteidigungsminister vereidigte Karl-Theodor zu Guttenberg sowohl in der Partei als auch auf Bundesebene spürte, distanzierte dieser sich immer öfter von seinem Parteivorsitzenden. Zu Guttenberg erhielt dabei immer wieder Schützenhilfe durch den Landesgruppenvorsitzenden Hans-Peter Friedrich. Damit schwand die bundespolitische Führungsrolle Seehofers zunehmend. Beim Vorschlag zu Guttenbergs, die Wehrpflicht auszusetzen, plädierte Seehofer zunächst zu besonnenem Abwägen. Die letztendliche Entscheidung wurde ihm allerdings durch führende CSU-Politiker aus der Hand genommen. Seine Abwahl zugunsten zu Guttenbergs auf dem Parteitag 2011 schien danach eine ausgemachte Sache. Als zu Guttenberg im März 2011 aufgrund der Plagiatsaffäre sämtliche politischen Ämter niederlegte, konnte Seehofer wegen einer fehlenden Alternative zum Verteidigungsminister a.D. und durch seine eige-

³ Die Strategie war es, das von Franz Josef Strauß ausgerufene Credo der starken Christ-Sozialen durch eine schwache FDP wieder aufleben zu lassen und sich vom bayerischen Koalitionspartner entschieden abzugrenzen.

ne geschickte Personalpolitik den Führungsanspruch in der Partei und auf Bundesebene endgültig durchsetzen (Weigl, 2015a).

Nun konnte sich der ab dann unangefochten gebliebene Ministerpräsident und Parteivorsitzende auf das „Regieren aus Bayern“ (Glaabl & Weigl, 2013, S. 78) konzentrieren. Bereits zu Beginn seiner Amtszeit hatte Seehofer den Beraterstab Stoibers aus der Staatskanzlei entfernt. Seehofer sei eine Persönlichkeit, die ein gutes Gespür für die Partei habe und sich deshalb nicht auf Berater verlassen müsse (Korndörfer, 2010). Wie Korndörfer (2010) zusammenfassend feststellt, passte dazu auch der Umstand, dass „[u]nter Horst Seehofer [...] die Institution [Staatskanzlei] eine wichtige, aber nicht mehr ganz so dominante Rolle [spielte].“ (S. 257).

Die programmatische Ausrichtung der Christ-Sozialen, welche durch Seehofer in die Bundespolitik getragen wurde, zielte vor allem darauf ab, die unter Stoiber und Huber/Beckstein abgewanderten Wählerschichten wieder zurückzugewinnen. Der Spagat bestand darin, sowohl den Standpunkt der eher liberal denkenden Wählergruppen in den urbanen Zentren und der konservativen Landbevölkerung Bayerns zusammenzubringen. Die von Seehofer vorgegebene Richtung war, dass die CSU einerseits jünger, weiblicher, moderner und näher am Menschen sein müsse und andererseits wieder geschlossener aufzutreten habe. (Weigl, 2015b). Weigl (2015b) merkt allerdings an, dass nicht alle Bestandteile dieser Neuausrichtung aus neuen Ideen entsprungen seien, sondern ein Teil davon auch medienpolitisches Aufbügeln eines Parteiimages seien. Seehofer selbst versuchte diese parteiinternen Richtlinien vorzuleben. So besetzte er die Leitung der Staatskanzlei mit zwei Frauen (Korndörfer, 2010). Nach seinem Amtsantritt vergab er allerdings nur drei von zwölf Ministerposten in der bayerischen Staatsregierung an Frauen. Dieses Defizit beseitigte Seehofer in seiner zweiten Amtszeit, bei der er fünf von zwölf Spitzenposten in der Staatsregierung an Frauen vergab (Weigl, 2015b). Auch in der Landesleitung stellte er seinem Generalsekretär, Alexander Dobrindt, Dorothea Bär als Stellvertreterin zur Seite. Die inhaltliche Modernisierung soll vor allem den sich veränderten Wählerschichten Rechnung tragen. So sind traditionelle, konservative Werte heute gegenüber der breiten bürgerlichen Bevölkerung und der Parteibasis nicht mehr so stark zu vertreten wie noch vor

zehn Jahren. Da sich zudem ein nicht geringer Teil des bürgerlichen Lagers zu den Grünen hingezogen fühlt, treibt Seehofer die inhaltliche Erneuerung auch heute weiter voran. So beschloss die bayerische Staatsregierung nach der Reaktorkatastrophe in Japan das Programm *Energie innovativ*. Insgesamt wurde ein Paket mit dem Namen *Klimaprogramm Bayern 2020* geschnürt. Damit diese Modernisierungswelle die konservativen Stammwähler nicht all zu hart trifft, wurden die Neuerungen von konservativen „Leuchtturmprojekte[n]“ (Weigl, 2015a, S. 81), wie zum Beispiel der schon bekannten Europakritik oder dem Streitthema Betreuungsgeld, flankiert. Das jüngst ausgesprochene Veto des Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten gegen die von bayerischen Bürgern als „Mördertrasse“ (Spiegel Online, 2014) bezeichnete Hochspannungstrasse von Sachsen-Anhalt nach Bayern bestätigt die Leitlinie „es [sei] besser, sich an die Spitze einer Bewegung zu stellen, als von ihr getrieben zu werden“ (Weigl, 2015b, S. 84). Seehofer versucht so, die Nähe zu Protestbewegungen und somit Bürgernähe herzustellen (Weigl, 2015b).

Dabei war in den letzten Jahren für die CSU verständlich, dass diese programmatischen Eckpunkte sowohl inhaltlich mit Leben zu füllen als auch glaubwürdig und lauthals auf bundespolitischer Ebene zu vertreten seien. Die Umsetzung dieser Ziele ließ sich auf eine einfache Formel bringen: Erstens musste die CSU im Gespräch gehalten werden. Zweitens musste die bundespolitische Agenda durch selbst angestoßene Initiativen (mit)bestimmt werden. Drittens sollten die Beiträge nicht nur die von CSU-Ministern geführten Kompetenzbereiche betreffen. Mit dieser Strategie war und ist es möglich, die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers weitgehend zu untergraben oder gar zu umgehen und dem bundespolitischen Führungsanspruch der Seehofer-CSU gerecht zu werden (Weigl, 2015a).

Wie auch von Weigl (2015a; 2015b) festgestellt, gingen die meisten dieser Initiativen von Seehofer selbst aus. Nur selten von CSU-Ministern oder Landesgruppenabgeordneten. Statt Mitgliedern der Landesgruppe sprangen ihm vorwiegend Generalsekretär Dobrindt oder Staatsminister Söder bei. Der von Seehofer schon zu Beginn gepflegte monarchische Führungsstil in der Partei war ihm zunächst nicht zuträglich. Allerdings führte der Rücktritt zu Guttenbergs dazu, dass sich Seehofer als alleiniger Anführer in der Partei behaupten konnte. Langfristig trug

die harte Führung Seehofers überwiegend dazu bei, die Christ-Sozialen wieder enger zusammen zu bringen. Dabei war zu beobachten, dass die Trennschärfe zwischen Parteivorsitz und Ministerpräsident nicht immer erkennbar war (Weigl, 2015a).

Alles in allem speist sich Seehofers Macht vorwiegend aus der Staatskanzlei, der Landesleitung und der Beliebtheit im bayerischen Wahlvolk. In der Staatskanzlei ist zwar nicht ganz so viel Macht zentriert wie bei Stoiber, dies liegt allerdings daran, dass Seehofer eine andere Vorstellung von Führung hat. Wie zuvor beschrieben verlässt er sich mehr auf sein Gespür und nicht so sehr auf Berater. Die Landesleitung konnte er durch die Ernennung eines loyalen Generalsekretärs stärken.

5. Auswirkungen für die Politik der CSU auf Bundesebene

Als Regionalpartei mit bundespolitischem Anspruch hatte die CSU immer den Vorteil gegenüber anderen Parteien, dass Bundespolitik im medialen Alltag sehr viel mehr beachtet wird als Landespolitik. Diese Verlagerung von Landespolitik auf die Bundesebene hat geradezu einen Kreislauf herbeigeführt: Eine starke Position im Bund (beispielsweise durch eine selbstbewusste Landesgruppe) führt dazu, dass die Vorhaben der *Bayern-Partei* meist gehört werden und so auch automatisch ins Land zurück transportiert werden (Weigl, 2015b). Anzumerken ist hier allerdings, dass es sehr wohl davon abhängt, welche Konstellation in der Parteit Spitze vorzufinden ist. Insbesondere ist hier die personelle und strategische Aufstellung der einzelnen Machtzentren zu nennen.

Unter Stoiber und Waigel als Doppelspitze waren einerseits die Landesgruppe (weniger die Landesleitung) für Waigel und andererseits die Staatskanzlei für Stoiber von zentraler Bedeutung. Da (wie beschrieben) jeder in der Partei die Landtagsfraktion braucht, war sie oft das sprichwörtliche Zünglein an der Waage. Legt man diese spezielle Situation in der Doppelspitze zu Grunde, begünstigen sich die landespolitische Ausrichtung des Ministerpräsidenten und die bundespolitische Ausrichtung des Parteivorsitzenden. Wirken die Äußerungen auf den ersten Blick vielleicht widersprüchlich, zeigen diese auf den zweiten Blick die parteiinterne Debatte. Gelingt es, die beiden Positionen durch Persönlichkeiten und deren Handlungen als Bundesminister oder Ministerpräsident zu untermauern, lässt sich

ein glaubwürdiges Bild einer Partei mit unterschiedlichen Blickwinkeln zeichnen. Zudem machen die Abgeordneten der Landesgruppe zwar Bundespolitik, werden allerdings ausschließlich von bayerischen Wählern nach Berlin geschickt. Auch deswegen muss die Bundespolitik der CSU letztendlich die bayerischen Wählerschichten ansprechen. Diese unterschiedlichen Blickwinkel mit gemeinsamer Verantwortung vor dem bayerischen Volk tragen wohl dazu bei, dass die CSU als entschiedener Vertreter der Interessen Bayerns wahrgenommen wird (Weigl, 2015a).

Beim Zusammenfallen von Parteivorsitz und Ministerpräsident auf eine Person lässt sich hingegen beobachten, dass eine öffentliche Diskussion zwischen den Machtzentren nur selten stattfindet. Im Fall Horst Seehofer lässt sich dies folgendermaßen erklären: Durch die Gestaltungshoheit in der Staatskanzlei und der Landesleitung war es ihm möglich, dort ihm bekannte und loyale Mitarbeiter einzusetzen und beide Häuser für ihn leicht kontrollierbar zu machen. Nach dem Rücktritt zu Guttenbergs und dem Einsetzen des Landesgruppenvorsitzenden Hans-Peter Friedrich als Bundesinnenminister konnte Seehofer die Bundes-CSU mit seinem Personalvorschlag Gerda Hasselfeldt wieder zusammen bringen. Zuvor konnte die Wahl zum neuen Fraktionsvorsitz zwischen Gerd Müller und Christian Schmidt nicht entschieden werden (Weigl, 2015a). In dem der vorherige Bundestagsabgeordnete Seehofer der Landesgruppe keine Möglichkeit zum Vorbringen von eigenen Initiativen gibt, stellt er die Landesgruppe weitgehend kalt. Zudem hat Parteivorsitzender und Ministerpräsident Seehofer sowohl einen Sitz im Koalitionsausschuss als auch Stimmrechte im Bundesrat. Durch eine Art von doppelter Einflussnahme kann er auf der einen Seite die Themenwahl im Bundeskabinett vorher mitbestimmen und dann entscheiden, wann die für die CSU wichtigen Themen aufs Tableau gebracht werden. Auf der anderen Seite hat er als Chef der Landesregierung die Möglichkeit Gesetzesinitiativen im Bundesrat einzubringen (Glaabl & Weigl, 2013).

Beide Arten von Führung sind letztlich dazu geeignet, dem Anspruch der Christ-Sozialen in der Bundespolitik gerecht zu werden. Welche Art von Führung gerade zielführend für die Partei ist, wurde parteiintern bisher immer gut wahrgenom-

men. Nicht ohne Grund hat es die CSU geschafft, seit 1957 den Ministerpräsidenten zu stellen und so als die Staatspartei schlechthin zu gelten.

6. Zusammenfassung und Ausblick

Die vorherigen Kapitel haben gezeigt, dass die Machtstruktur in der CSU differenzierter zu betrachten ist als gemeinhin vermutet. So haben Ministerpräsident und Parteivorsitzender jeweils eigene Machtzentren zur Verfügung. Dem Ministerpräsidenten steht mit der Staatskanzlei eine in die Bundes- und Europaangelegenheiten gut integrierte Behörde zur Seite, mit deren Hilfe er es vermag, die Interessen des Freistaates auf Bundesebene nachhaltig zu vertreten. Durch die Landtagsfraktion gestützt hat er zudem die Möglichkeit seine Entscheidungen auch in die Kreise und Bezirke tragen zu lassen. Gerade das Beispiel Edmund Stoiber hat gezeigt, welche Macht in der Staatskanzlei zentralisiert werden kann und wie dies dazu beitrug, auch einem langjährigen Bundesfinanzminister langfristig den Rang abzulaufen. Zwar hatte Theo Waigel eine selbstbewusste Landesgruppe und die Landesleitung hinter sich gewusst. Allerdings ist auch eine solche Konstellation labil, denn bei jeder Wahl entscheidet sich neu welches Machtzentrum an Einfluss gewinnt und welches verliert.

Unter Horst Seehofer, der Parteivorsitz und Ministerpräsidentenamt in einer Person vereint, konnte deutlich gemacht werden, dass die Zentralisierung beim Zusammenfallen der beiden Ämter nicht allzu entscheidend ist. Vielmehr kommt es in dieser Personalunion darauf an, Rivalen in Schach zu halten. Es gehört sicherlich auch etwas Glück dazu, wenn der einzige ernstzunehmende Konkurrent auf den Parteivorsitz kurz vor der Wahl alle politischen Ämter niederlegen muss. Indem Seehofer die programmatischen Erneuerungen des Parteiprogramms mit Nachdruck vorantrieb und dazu passende Beschlüsse seiner Staatsregierung vorlegte, konnte er nach dem nicht stattgefundenen Aufstand dennoch seiner Führungsrolle gerecht werden. In der Seehofer-CSU verteilt sich die Machtfülle augenscheinlich auf die Staatskanzlei und die Landesleitung. Durch geschickte Personalpolitik und die durch Seehofer selbst vorgebrachten bundespolitischen Initiativen war es ihm möglich die Landesgruppe weitestgehend zu seinem Erfüllungsgehilfen zu machen. Auch die Landtagsfraktion vermag es nicht gegen einen bei den Bürgern und der Parteibasis beliebten Ministerpräsidenten zu rebellieren.

In Zukunft wird es wohl darauf ankommen, dass die CSU ihre Wählerschichten gegenüber erstarkenden bürgerlichen Kräften wie den Freien Wählern oder der AfD behaupten kann. Durch die Liberalisierung des Parteiprogramms auf Landes- und Bundesebene ist nicht klar, ob es eine einzige Führungspersönlichkeit vermag, diesen Widerspruch der modernen, aber gleichzeitig konservativen Volkspartei glaubwürdig zu vertreten. Davon ausgehend sollte Seehofer es bis zur Bundestagswahl 2017 daran gelegen sein, einen möglichst reibungslosen Machtwechsel zu vollziehen. Mit großen Machtkämpfen würde die Geschlossenheit in einer Zeit der Veränderung und der Angreifbarkeit durch neue bürgerliche Kräfte riskiert werden (Weigl, 2015b).

Literaturverzeichnis

- Brettschneider, F. (Hrsg.). (2004). *Die Bundestagswahl 2002: Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Budich, K. (2013). „Lordsiegelbewahrer des Föderalismus“: Bayern im Bund und in Europa. In M. Glaab, & M. Weigl (Hrsg.), *Politik und Regieren in Bayern* (S. 201-218). Wiesbaden: Springer VS.
- Glaabl, M., & Weigl, M. (2013). Politik und Regieren in Bayern: Rahmenbedingungen, Strukturmerkmale, Entwicklungen. In M. Glaabl, & M. Weigl (Hrsg.), *Politik und Regieren in Bayern* (S. 19-98). Wiesbaden: Springer VS.
- Hopp, G. (2010). Herzstück der CSU? Die Landesleitung zwischen Serviceagentur, Denkfabrik und Motor der Parteimodernisierung. In G. Hopp, & M. Z. Sebaldt (Hrsg.), *Die CSU: Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei* (S. 351-374). Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kießling, A. (2004). *Die CSU: Machterhalt und Machterneuerung*. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Korndörfer, L. (2010). Die Staatskanzlei als heimliche Parteizentrale? Die Staatskanzlei in Zeiten des Zusammenfalls von Parteivorsitz und Ministerpräsidentenamt. In G. Hopp, M. Sebaldt, & B. Zeitler (Hrsg.), *Die CSU: Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei* (S. 241-260). Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Müller, K. (2005). Zwischen Staatskanzlei und Landesgruppe. Führung in der CSU. In D. Forkmann, & M. Schlieber (Hrsg.), *Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005* (S. 215-262). Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reithmeier, M. (2013). "Landesvater" oder "Alleinherrscher": Zwei Modelle bayerischer Ministerpräsidenten. In M. Glaab, & M. Weigl (Hrsg.), *Politik und Regieren in Bayern* (S. 99-116). Wiesbaden: Springer VS.
- Spiegel Online. (2. Oktober 2014). *Energiewende: Seehofer fordert neue Verhandlungen über Stromtrassen*. Abgerufen am 17. März 2015 von [spiegel.de: http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/stromtrassen-seehofer-fordert-komplett-neue-verhandlungen-a-994959.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/stromtrassen-seehofer-fordert-komplett-neue-verhandlungen-a-994959.html)
- Varoufakis, Y. (15. März 2015). "Günther Jauch". *Der Euro-Schreck stellt sich – Varoufakis bei Günther Jauch*. (G. Jauch, Interviewer) ARD. Abgerufen am 19. März 2015 von <http://www.ardmediathek.de/tv/G%C3%BCnther-Jauch/Der-Euro-Schreck-stellt-sich-Varoufaki/Das-Erste/Video?documentId=27075316&bcastId=8109878>
- Verfassung des Freistaates Bayern / Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*. (2014). München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

- Weigl, M. (2013). *Die CSU: Akteure, Entscheidungsprozesse und Inhalte einer Partei am Scheideweg*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Weigl, M. (2015a). Misson Comeback. Die CSU auf dem Weg zu neuer bundespolitischer Stärke. In T. Saalfeld, & R. Zohlnhöfer (Hrsg.), *Politik im Schatten der Krise: Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013* (S. 93-112). Wiesbaden: Springer VS.
- Weigl, M. (2015b). Etappensieg, nicht Zieleinlauf. Die CSU auf halbem Weg zur Erneuerung. In O. Niedermayer (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013* (S. 71-102). Wiesbaden: Springer VS.